

EINLADUNG

7. Öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: **Donnerstag, 08.09.2022, 17:30 Uhr**

Raum, Ort: **BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme von Niederschriften der 6. Sitzung (Anhang:
 Projektförderung)
- 3 Mitteilungen des Kinder- und Jugendparlaments
- 4 Vorstellung des Projekts „Kidsstraße“
 Am 22.09.2022 findet im Rahmen des Aktionstages der temporären
 Spielstraßen eine Spielstraße auf der Karlsruher Straße statt.

 Die Idee der Spielstraße ist aus der Kinder- und
 Jugenddemokratiekonferenz 2021 (Kooperation der Partnerschaft
 für Demokratie und dem Jugendamt Charlottenburg-Wilmersdorf)
 entstanden und wird als Projekt vom Bezirksamt über das Kinder-
 und Jugendbüro begleitet.
- 5 Wahl: Besetzung des Bezirksschulbeirates (BSB) mit einem
 stimmberechtigten Mitglied des Jugendhilfeausschusses
 (Wahlvorschlag: Adrian de Souza Martins)

6 Wahl: Beratendes Mitglied für den Verwaltungsrat Eigenbetrieb Kindertagesstätten Nordwest

In der 5. Öffentlichen Sitzung wurden bereits Alissa Wiemann und Constanze Röder (Stellvertretung) als stimmberechtigte Mitglieder für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten Nordwest gewählt und durch die BVV bestätigt. Damit gelten sie jedoch als entsandte Personen für die BVV, nicht aber für den Jugendhilfeausschuss. Damit es keine Doppelungen in den Personen gibt, muss daher für den Jugendhilfeausschuss noch ein beratendes Mitglied, sowie eine Vertretung gewählt werden.

Wahlvorschlag: bisher keine erhalten.

7 Besprechung Fördervorschlag Jugendarbeit 2023
Tischvorlage von Herr Dr. Thuns

In dieser Sitzung wird der Fördervorschlag lediglich vorgestellt. Institutionen und Mitglieder sollen dann die Möglichkeit bekommen sich in der Zeit bis zur nächsten JHA-Sitzung bei Fragen an die Verwaltung zu wenden. Die Abstimmung über den Jugendförderplan 2023 erfolgt dann in der nächsten Sitzung im Oktober.

8 Hortantrag vereinfachen **0095/6**
SPD-Fraktion

9 Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – **0145/6**
Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien
Fraktion DIE LINKE

10 Mitteilungen
a. Der Vorsitzenden
b. Der Verwaltung / Fragen an die Verwaltung
c. Der Freien Träger und Verbände
d. Der Arbeitsgemeinschaften
e. Des Bezirkselfternausschusses der Kindertagesstätten
f. Des Bezirksschulbeirates

11 Verschiedenes

12 Nächster Sitzungstermin: 06.10.2022

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

A. Wiemann
Ausschussvorsitzende

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Bodensiek

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0095/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Hortantrag vereinfachen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, ob im Rahmen der Beantragung eines Hortgut-scheins und des Abschlusses eines Betreuungsvertrages, das Verwaltungsverfahren für den Bürger*innen durch direkte Kommunikation zwischen der jeweiligen Schule und dem Jugendamt ggfs. mit einer entsprechenden Einwilligung gem. Art. 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO vereinfacht werden kann.

Der BVV ist bis zum 30.6.2022 zu berichten.

Begründung:

Durch den Wegfall des mehrfachen Versands zwischen Schule, Erziehungsberechtigten und Jugendamt können die Verfahren zu Gunsten aller Beteiligten erheblich beschleunigt und vereinfacht werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0145/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Teilhabe an Kommunalpolitik ermöglichen – Gebärdensprachdolmetscher:innen für politische Gremien

Das Bezirksamt wird beauftragt, in den Bezirkshaushalt 2023/24 hinreichende Mittel für die Beauftragung von Gebärdensprachdolmetscher:innen für alle per Livestream übertragenen BVV-Sitzungen (vgl. Drucksache 2021/5), Sitzungen des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Sitzungen der Senior:innen-Bezirksversammlung bereitzustellen. Die vertragliche Regelung soll dabei so gestaltet werden, dass das Bezirksamt einen Vertrag mit Anbieter:innen abschließt, der alle genannten Sitzungstermine abdeckt, so dass nicht für jede einzelne Sitzung separate Aufträge erteilt und Angebote eingeholt werden müssen.

Eine Fortführung und Verstetigung des Angebots in nachfolgenden Bezirkshaushalten ist zu gewährleisten.

Der BVV ist zum 30.09.2022 zu berichten.

Begründung:

Die Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen muss allen Bürger:innen gewährleistet sein, doch bisher sind taube, schwerhörige oder ertaubte Menschen im Bezirk davon ausgeschlossen. Als Träger öffentlicher Belange sind die Bezirksämter gemäß UN-Behindertenkonvention (Artikel 9) dazu verpflichtet, geeignete Maßnahmen mit dem Ziel zu treffen, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt einschließlich Information und Kommunikation sicher zu stellen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland unmittelbar geltendes Recht. Mit der Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschung für die Sitzungen der BVV, des Kinder- und Jugendparlaments sowie der Senior:innen-Bezirksversammlung setzt das Bezirksamt dieses Recht auf Teilhabe endlich um.